



WISSING: SPD hat in der Finanzpolitik nichts mehr zu sagen

WISSING: SPD hat in der Finanzpolitik nichts mehr zu sagen

BERLIN. Zu der Ankündigung des nordrhein-westfälischen Finanzministers, künftig im Bundesrat alle finanzpolitischen Vorhaben der Bundesregierung ablehnen zu wollen, erklärt der finanzpolitische Sprecher und stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion Volker WISSING:
Die Ankündigung des nordrhein-westfälischen Finanzministers ist bemerkenswert. Zeigt sie doch klar, dass die Finanzpolitik der SPD nicht mehr von der Bundestagsfraktion, auch nicht von dem Parteivorsitzenden, geschweige denn von einem Ex-Finanzminister gestaltet wird, vielmehr wird diese schon längst in Düsseldorf gemacht.
Dabei zeigt sich auch, dass die SPD als finanzpolitische Kraft nicht mehr existent ist. Sie hat zu den anstehenden Debatten nicht mehr wirklich etwas beizutragen und lehnt es deshalb aus ihrer Sicht folgerichtig ab, sich auf einen konstruktiven Dialog über die Gestaltung der finanzpolitischen Zukunft unseres Landes einzulassen. Wer nichts mehr zu sagen hat, schweigt besser.
Die Ankündigung der SPD ist daher weniger als Drohung zu verstehen, vielmehr ist diese Ausdruck der inneren Zerstrittenheit, der finanzpolitischen Konzeptionslosigkeit und der personellen Querelen innerhalb der SPD. Mit ihrer Ankündigung, sich aus der konstruktiven Gestaltung der Finanzpolitik unseres Landes zu verabschieden, hat sich die Sozialdemokratie ein politisches Armutszeugnis ausgestellt, das die Wählerinnen und Wähler sicher zur Kenntnis nehmen werden.

Kontakt:
FDP
Thomas-Dehler-Haus, Reinhardtstrasse 14
/>10117 Berlin
Telefon: 030 - 28 49 58 43
Telefax: 030 - 28 49 58 42
Mail: presse@fdp.de
URL: <http://www.fdp.de>

Pressekontakt

FDP

10117 Berlin

fdp.de
presse@fdp.de

Firmenkontakt

FDP

10117 Berlin

fdp.de
presse@fdp.de

Eine Geschichte als Herausforderung. Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als Philosophie der Freiheit und als politische Bewegung für die Rechte des Einzelnen. Die Willkürherrschaft des Absolutismus stand im Widerspruch zur Idee einer freiheitlichen Gesellschaft. Mit dem Verfassungsstaat hat der Liberalismus den Absolutismus überwunden. Als erste politische Bewegung hat der Liberalismus dem einzelnen Bürger, seiner menschlichen Würde und seinen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit Vorrang vor der Macht des Staates eingeräumt. Schritt für Schritt verwirklichten Liberale den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung staatlicher Gewalt. Der Liberalismus hat als Freiheitsbewegung nicht nur für die Gleichheit vor dem Gesetz gekämpft, sondern auch für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Mit der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Verpflichtung hat der Liberalismus neue Chancen gegen Existenznot und konservative Erstarrung der gesellschaftlichen Strukturen eröffnet. Die liberale Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland hat mehr demokratische Stabilität, mehr allgemeinen Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit hervorgebracht, als dies je zuvor in der Geschichte der Fall gewesen ist. Und dennoch ist die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat, weniger Chancen für ein selbstbestimmtes Leben durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigungen durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit. Liberale haben nach 1945 der Idee der Freiheit zum erneuten Durchbruch verholfen. Die FDP war stets der Motor für Reformen, wenn es um Richtungsentscheidungen zugunsten der Freiheit ging. Nur durch die FDP konnte in den fünfziger Jahren die Soziale Marktwirtschaft gegen die Sozialdemokraten und Teile der Christdemokraten durchgesetzt werden. Nur durch die FDP konnte sich in den siebziger Jahren mehr Bürgerfreiheit gegen konservative Rechts- und Gesellschaftspolitik durchsetzen. Die Liberalen waren Vorreiter für die Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft, gegen obrigkeitliche Bevormundung und Engstirnigkeit. Unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung in den achtziger Jahren brachte neue Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für mehr Bürger. Ein großer Teil des Widerstands gegen das sozialistische Staatswesen erwuchs aus der Attraktivität des freiheitlich-liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Das in den europäischen Integrationsprozess eingebettete, vereinte Deutschland ist das freiheitlichste unserer Geschichte.